

Zusätzliche Vertragsbedingungen für Architekten- und Ingenieurleistungen der Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft (HOCHBAHN) und der mit ihr verbundenen Unternehmen, im Folgenden auch „Auftraggeberin“ oder „HOCHBAHN“ genannt, Kurzversion – Stand: November 2022

Diese Vertragsbedingungen ergänzen die Regelungen des Vertrags und seiner Anlagen. Alle Bestandteile sind im Zusammenhang zu sehen und bei etwaigen Unklarheiten so auszulegen, dass sie ein sinnvolles Ganzes ergeben.

Das in diesen Vertragsbedingungen gewählte generische Femininum bezieht sich zugleich auf die männliche, die weibliche und andere Geschlechteridentitäten.

1. Tariftreue, Mindestlohn, ILO-Kernarbeitsnormen

- 1.1 Die Auftragnehmerin verpflichtet sich nach § 5 Abs. 4 Nr. 4 HmbVgG dafür zu sorgen, dass bei der Leistungsausführung keine illegale Beschäftigung von Arbeitskräften, Schwarzarbeit stattfindet oder es zu Verstößen gegen das AEntG kommt und die Verpflichtungen aus den §§ 3, 3a, 5 und 10 Satz 2 HmbVgG eingehalten werden.

Die Einstandspflicht der Auftragnehmerin bezieht sich auch auf das Verhalten ihrer Erfüllungsgehilfinnen bzw. Dritter, die sie mit der Leistungsausführung beauftragt hat (Nachunternehmerinnen) oder die ihrerseits von einer Nachunternehmerin – gleich welchen Unterordnungsgrads – beauftragt wurden (Nach-Nachunternehmerinnen).

- 1.2 Begehen die Auftragnehmerin oder eine sonstige in vorstehendem Absatz genannte Person bzw. deren Erfüllungsgehilfin bei der Leistungsausführung einen Verstoß gegen

- die Erklärung zu Tariftreue und Mindestlohn nach § 3 HmbVgG, oder
- die Regelungen zur sozialverträglichen Beschaffung nach § 3a HmbVgG, oder
- eine der Pflichten beim Einsatz von Nachunternehmerinnen oder Leiharbeitskräften nach § 5 HmbVgG, oder
- die Pflicht zur Bereithaltung von Entgeltabrechnungen über die Beschäftigten und von Verträgen nach § 10 HmbVgG,

kann die Auftraggeberin von der Auftragnehmerin für jeden schuldhaften Verstoß eine Vertragsstrafe in Höhe von bis zu einem Prozent der Abrechnungssumme je Verstoß, höchstens jedoch fünf Prozent der Abrechnungssumme, verlangen (vgl. § 11 Abs. 1 HmbVgG).

Die Abrechnungssumme ist die nach der Schlussrechnung geschuldete Vergütung (auch für Leistungsänderungen), aber ohne Skonti, ohne Sicherheits- oder sonstige Einbehalte, ohne Schadensersatzansprüche und ohne Umsatzsteuer.

- 1.3 Die Vertragsstrafe ist auch zu entrichten, wenn eine Nachunternehmerin oder eine Nach-Nachunternehmerin jeden Unterordnungsgrads den Verstoß begangen hat und dies der Auftragnehmerin bekannt war oder hätte bekannt sein müssen oder über § 278 BGB (Erfüllungsgehilfin) zugerechnet werden kann.
- 1.4 Der Anspruch auf Zahlung der Vertragsstrafe verjährt fünf Jahre nach Abnahme.

2. Arbeitsgemeinschaften

- 2.1 Wird ein Vertrag mit mehreren Auftragnehmerinnen (Arbeitsgemeinschaft) geschlossen, haften sie als Gesamtschuldnerinnen. Dies gilt auch nach Beendigung oder Auflösung der Arbeitsgemeinschaft.
- 2.2 Wird eine Auftragnehmerin innerhalb der Arbeitsgemeinschaft als federführend bezeichnet und ist nichts anderes vereinbart, gilt sie als Bevollmächtigte der anderen Auftragnehmerinnen. Zahlungen können an sie mit befreiender Wirkung gegenüber allen Vollmachtgeberinnen geleistet werden.

3. Nachunternehmerinnen

- 3.1 Die Auftragnehmerin wird die ihr übertragenen Leistungen selbst bzw. mit den im Vertrag benannten

Nachunternehmerinnen erbringen. Ohne vorherige schriftliche Zustimmung der Auftraggeberin ist sie nicht berechtigt, weitere Dritte mit der Erbringung von vertraglichen Leistungen zu beauftragen. Die Auftraggeberin ist in ihrer Entscheidung frei, ob sie dem Einsatz einer oder mehrerer Nachunternehmerinnen zustimmt. Die Erteilung einer Zustimmung erfordert mindestens die Einhaltung der folgenden Voraussetzungen:

- Die Auftragnehmerin darf Leistungen nur an Nachunternehmerinnen übertragen, die fachkundig, leistungsfähig und zuverlässig sind; dazu gehört auch, dass sie ihren gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Sozialabgaben nachkommen und die gewerberechtlichen Voraussetzungen erfüllen. Die Nachunternehmerinnen müssen außerdem alle Pflichten im Hinblick auf die Einhaltung der Tariftreue und des Mindestlohns sowie der ILO-Kernarbeitsnormen einhalten (s. auch Ziffer 1.1 f.).
- Die Auftragnehmerin hat der Auftraggeberin vor Beauftragung schriftlich Art und Umfang der Leistung mitzuteilen, die weitervergeben werden soll. Die Auftraggeberin ist weiterhin berechtigt, Nachweise über die Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit der vorgesehenen Nachunternehmerin zu verlangen.
- Die Auftragnehmerin ist verpflichtet, der Auftraggeberin Auskünfte über eingesetzte Nachunternehmerinnen und die mit ihnen abgeschlossenen Verträge zu erteilen, soweit dies zur Wahrnehmung der Rechte der Auftraggeberin erforderlich ist und dies den berechtigten Interessen der Auftragnehmerin oder der Nachunternehmerin nicht widerspricht.

- 3.2 Die Auftragnehmerin hat sicherzustellen, dass die Nachunternehmerin die ihr übertragenen Leistungen nicht weiter vergibt, es sei denn, die Auftraggeberin hat vorher schriftlich zugestimmt. Hierfür gelten die Regelungen in Ziffer 3.1 entsprechend.

4. Änderungen des Leistungsumfangs

- 4.1 Eine Leistungsänderung liegt vor, wenn sich Inhalt oder Umfang der nach dem Vertrag zu erbringenden oder der freigegebenen und abgeschlossenen Leistungen erweitern, reduzieren oder verändern. Eine Leistungsänderung liegt somit auch vor, wenn freigegebene und abgeschlossene Leistungen ganz oder teilweise wiederholt werden oder wenn Leistungen erbracht werden, die bisher nicht beauftragt waren. Für alle diese Fälle wird einheitlich der Begriff „Leistungsänderung“ verwendet.

Eine Leistungsänderung liegt nicht bei Fortschreibungen oder Optimierungen der Planung vor, wenn das Planungsziel unverändert bleibt. Ebenfalls nicht erfasst sind durch die Auftragnehmerin selbst verursachte Umlanungen oder sonstige Anpassungen.

- 4.2 Wünscht die Auftraggeberin eine Leistungsänderung, teilt sie dies der Auftragnehmerin mit. Die Auftragnehmerin hat unverzüglich ein Angebot über die durch die Leistungsänderung entstehende Mehr- und Mindervergütung zu erstellen und der Auftraggeberin zu übermitteln, es sei denn, die Leistungsänderung ist nicht erforderlich und die Ausführung dieser Änderung ist der Auftragnehmerin nicht zumutbar. Wenn die Auftragnehmerin die Erstellung und Übermittlung eines Angebots aus vorgenannten Gründen verweigert, hat sie die Auftraggeberin hierüber unverzüglich in Textform zu unterrichten und ihre Auffassung im Einzelnen zu begründen.

Das Angebot muss jeweils alle Kosten der Auftragnehmerin beinhalten, insbesondere auch die Nebenkosten und die zeitlichen Auswirkungen der Leistungsänderung darstellen. Es muss folgenden weiteren Inhalt haben:

- Auswirkungen der Leistungsänderung auf die späteren Baukosten und eine etwa vereinbarte Baukostenobergrenze sind mitzuteilen.
- Die Auftragnehmerin hat darzustellen, welche Aufwendungen sie wegen der Leistungsänderung nicht mehr sowie zusätzlich ausführen wird („Mehr- und Minderaufwendungen“). Die Mehr- und Minderaufwendungen sind mit Stundensätzen zu bepreisen, wobei der für die Umsetzung der Mehr- und Minderaufwendungen jeweils erforderliche Zeitbedarf zugrunde zu legen ist. Die Beträge sind zu saldieren. Unter Berücksichtigung dieser Angaben ist möglichst eine Pauschale anzubieten.
- Ist der erforderliche Umfang der Mehraufwendungen nicht sicher abschätzbar, kann eine Vergütung im Stundenlohn nach erforderlichem Zeitbedarf zu Stundensätzen vereinbart werden, ggf. unter Abzug des Aufwands für die Minderaufwendungen. Bezüglich der Mehraufwendungen hat die Auftragnehmerin grob abzuschätzen, wie viele Stunden insoweit voraussichtlich anfallen. Entscheidet sich die Auftraggeberin, das Angebot zu beauftragen, so sind die Stundenlohnarbeiten nur bis zu der im Angebot benannten Anzahl umfasst.

Eine Bepreisung der Mehr- und Minderaufwendungen nach den Entgeltberechnungsregeln der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure („HOAI“) ist nur möglich, wenn sich die Parteien hierauf schriftlich einigen. Ist eine solche Vereinbarung nicht geschlossen worden, ist das Angebot nach den vorstehenden Regelungen einzureichen. Dies gilt auch dann, wenn die Parteien für die vertraglich bereits geschuldeten Leistungen ein Berechnungshonorar nach den Parametern der HOAI oder in Anlehnung daran vereinbart haben.

- 4.3 Die Parteien werden über das Angebot der Auftragnehmerin unverzüglich verhandeln. Erzielen sie binnen zwei Wochen nach Zugang des Angebots bei der Auftraggeberin keine Einigung, so kann die Auftraggeberin die Umsetzung der Leistungsänderung einseitig in Textform verlangen. Dieses Recht besteht auch dann, wenn die Auftragnehmerin das Angebot nicht oder nicht rechtzeitig übermittelt.

Eine angeordnete Leistungsänderung hat die Auftragnehmerin sofort umzusetzen, es sei denn, die Leistungsänderung ist nicht erforderlich und ihre Umsetzung ist der Auftragnehmerin nicht zumutbar.

- 4.4 Hat die Auftraggeberin eine Leistungsänderung nach Stundenaufwand (s. Ziffer 4.2, 2. Aufzählungspunkt) beauftragt oder angeordnet, hat die Auftragnehmerin Stundenlohnzettel in zweifacher Ausfertigung einzureichen. Die Regelungen in Ziffer 7.4 sind zu beachten.

Wird der im Auftrag bzw. Angebot geschätzte Umfang überschritten, ist die Auftraggeberin umgehend zu informieren. Die Parteien haben das weitere Vorgehen miteinander abzustimmen. Die Auftraggeberin kann insbesondere verlangen, dass die Leistungsänderung nicht weiter umgesetzt wird. Der Auftragnehmerin wird in diesem Fall nur der bis dahin angefallene und erforderliche Aufwand erstattet, der Gegenstand des Auftrags bzw. ihres Angebots war.

- 4.5 In Eilfällen steht der Auftraggeberin ein außerordentliches Anordnungsrecht zu, das sie ohne Einhaltung des vorstehenden Verfahrens ausüben kann. Ein Eilfall liegt u.a. vor, wenn

- die Bau-, Planungs- oder Projektabläufe ohne eine sofortige Umsetzung einer notwendigen Leistungsänderung mehr als nur unwesentlich beeinträchtigt wären; oder

- Gefahr im Verzug vorliegt; oder
- der Auftraggeberin ein Abwarten nicht zumutbar ist; dies ist z.B. der Fall, wenn dadurch ansonsten vermeidbare Mehrkosten entstünden, wie etwa bauzeitbezogene oder Rückbaukosten der bauausführenden Unternehmen.

Die Auftragnehmerin hat einer Anordnung nach dieser Ziffer 4.5 Folge zu leisten. Das Angebot ist schnellstmöglich nachzureichen und zu verhandeln. Die Auftragnehmerin ist jedoch nicht zur Umsetzung einer Anordnung nach dieser Ziffer 4.5 verpflichtet, wenn ihr die Ausführung der Leistungsänderung vor Ablauf der Verhandlungsfrist auch unter Abwägung der beiderseitigen Interessen nicht zumutbar ist.

- 4.6 Beruft sich die Auftragnehmerin im Zusammenhang mit einer Leistungsänderung auf eine Unzumutbarkeit, so trägt sie hierfür die Beweislast. Gleiches gilt für die Berufung auf fehlende Erforderlichkeit.

5. Vertragserfüllungssicherheit der Auftragnehmerin

- 5.1 Die Auftragnehmerin stellt der Auftraggeberin eine Sicherheit für die vertragsgemäße Ausführung der Leistung einschließlich der Abrechnung und Schadensersatz und für die Erstattung von Überzahlungen (jeweils einschließlich Zinsen) in Höhe von 10% der Auftragssumme (ohne USt.).

Ist die Auftragnehmerin stufenweise beauftragt, so umfasst die Bezugsgröße „Auftragssumme (ohne USt.)“ nur den Betrag, der als Honorar für die mit dem Zuschlag beauftragten Leistungen (ggf. vorläufig) vereinbart ist. Ruft die Auftraggeberin Leistungen der weiteren Stufe(n) ab, so erhöht sich die Bezugsgröße zur Ermittlung der Höhe der Sicherheit um die (ggf. vorläufig) vereinbarte Auftragssumme für die abgerufene(n) Leistung(en) der jeweils weiteren Stufe(n).

- 5.2 Die Sicherheit wird durch Einbehalt von den Abschlagszahlungen gestellt. Die Auftraggeberin ist daher berechtigt, einen Teilbetrag von jeweils 10% der Abschlagszahlungen einzubehalten, bis die Gesamtsumme von 10% der Auftragssumme (ohne USt.) erreicht ist.

Der Einbehalt ist nach Wahl der Auftragnehmerin ablösbar bzw. vermeidbar durch Übergabe einer Vertragserfüllungsbürgschaft eines von der Auftraggeberin als tauglich anerkannten und in der Europäischen Union zugelassen Kreditinstituts oder einer solchen Kreditversicherer. Die Bürgschaft muss unbefristet, selbstschuldnerisch und unwiderruflich sein. Die Bürgin hat auf das Recht zur Hinterlegung zu verzichten und zu erklären, dass der Anspruch aus der Bürgschaft nicht vor der durch die Bürgschaft gesicherten Forderung verjährt. Als Gerichtsstand ist Hamburg zu vereinbaren. Die Kosten der Bürgschaft trägt die Auftragnehmerin.

Ist die Auftragnehmerin stufenweise beauftragt und erhöht sich nach Abruf von Leistungen weiterer Stufen die Bezugsgröße „Auftragssumme (ohne USt.)“, so ist eine bereits gestellte Bürgschaft gegen eine neue Bürgschaft mit neuem Höchstbetrag auszutauschen. Die Auftragnehmerin ist nicht berechtigt, mehrere Bürgschaften zu stellen.

- 5.3 Die Vertragserfüllungssicherheit ist der Auftragnehmerin nach Abnahme zurückzugeben. Dies gilt nicht, soweit besicherte Ansprüche der Auftraggeberin noch nicht erfüllt sind.

6. Abnahme

- 6.1 Die Abnahme der Leistungen der Auftragnehmerin erfolgt nur förmlich durch schriftliche Erklärung der Auftraggeberin.

- 6.2 Teilabnahmen werden nicht vertraglich vereinbart.

7. Rechnungen und Zahlungen; Dokumentation von Stundenlohnarbeiten

- 7.1 Soweit nicht anderweitig vereinbart, ist die Auftragnehmerin berechtigt, für von ihr vertragsgemäß erbrachte Leistungen einmal monatlich Abschlagszahlungen zu verlangen. Die Abschlagszahlungen werden jeweils fällig innerhalb von 4 Wochen, nachdem die Auftragnehmerin eine prüffähige Abschlagsrechnung übergeben hat. Hat die Auftragnehmerin keine Vertragserfüllungsbürgschaft gestellt, werden 10% der Rechnungssumme als Sicherheit einbehalten, bis der abzusichernde Betrag erreicht ist (s. Ziffer 5.2).
- 7.2 Abschlagszahlungen sind abzurunden, und zwar bei Beträgen bis zu € 5.000,00 auf volle € 50,00, darüber hinaus auf volle € 500,00. Die Zahlungsbeträge dürfen nicht weniger als € 500,00 betragen.
- 7.3 Auf allen Rechnungen der Auftragnehmerin sind die vollständige Bestellnummer und die weiteren Bezeichnungen der Bestellung anzugeben.
- 7.4 Bei Leistungen zur Abrechnung auf Nachweis des Zeitaufwandes richtet sich die Vergütung nach dem tatsächlichen und erforderlichen Aufwand, der mindestens 14-tägig durch Vorlage von Stundennachweisen zu belegen ist. Die Stundennachweise müssen Art und Umfang der Tätigkeit, Tag der Leistungserbringung, Name und Funktion der Mitarbeiterin sowie den Stundenaufwand nachvollziehbar ausweisen. Die Tätigkeitsbeschreibung muss so eindeutig sein, dass eine Nachvollziehbarkeit und prüfungsseitige Abgrenzung von anderen Leistungen möglich sind.

Die Originale der Stundenlohnzettel erhält die Auftraggeberin, die bescheinigten Durchschriften behält die Auftragnehmerin. Geprüfte und gegengezeichnete Stundennachweise sind den Rechnungen beizufügen.

Mit ihrer Unterschrift bestätigt die Auftraggeberin nur, dass Arbeiten in dem geprüften Umfang erbracht wurden, nicht aber deren Erforderlichkeit und nicht den Abschluss einer Stundenlohnvereinbarung.

- 7.5 Alle Rechnungen sind prüffähig an die in der jeweiligen Bestellung genannte Stelle zu senden; falls in der Bestellung keine Stelle benannt wurde, sind die Rechnungen an die HOCHBAHN, Kreditorenbuchhaltung, Postfach 10 32 25, 20022 Hamburg, zu senden.
- 7.6 Eine prüffähige Schlussrechnung ist unverzüglich nach Abnahme zu stellen. Die Schlusszahlung wird 30 Tage nach ihrem Zugang bei der Auftraggeberin fällig, es sei denn, die Auftraggeberin hat begründete Einwendungen gegen die Prüffähigkeit der Schlussrechnung erhoben.
- 7.7 Bei Banküberweisungen gilt die Zahlung mit dem Tage als erfolgt, an dem die von der Auftraggeberin beauftragte Bank oder Kasse den Überweisungsauftrag an das ausführende Geldinstitut absendet. § 286 Abs. 3 BGB wird abbedungen.

8. Mängelansprüche, Haftung und Versicherung

- 8.1 Für Mängelansprüche und -rechte gelten die gesetzlichen Regelungen, jedoch mit folgenden Ergänzungen:
- a. Leistungen, die schon vor der Abnahme als mangelhaft oder vertragswidrig erkannt werden, hat die Auftragnehmerin auf eigene Kosten durch mangelfreie zu ersetzen. Kommt die Auftragnehmerin der Pflicht zur Beseitigung des Mangels nicht nach, so kann ihr die Auftraggeberin hierfür eine angemessene Frist setzen und erklären, dass sie nach fruchtlosem Ablauf der Frist die Mangelbeseitigung durch die Auftragnehmerin ablehnt. Die Auftraggeberin kann den Mangel nach fruchtlosem Fristablauf auf Kosten der Auftragnehmerin beseitigen lassen und hierfür einen Vorschuss in angemessener Höhe von der Auftragnehmerin verlangen.

Hat die Auftragnehmerin den Mangel oder die Vertragswidrigkeit zu vertreten, so hat sie auch den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen.

- b. Ist die Auftragnehmerin mit Überwachungsleistungen beauftragt, so findet § 650t BGB Anwendung. Eine erfolglose Fristsetzung gegenüber dem bauausführenden Unternehmen ist jedoch in den Fällen des § 323 Abs. 2 BGB entbehrlich.
- c. Alle weiteren gesetzlichen Ansprüche der Auftraggeberin bleiben unberührt. Die vorstehenden Regelungen sind nicht abschließend.
- 8.2 Die Haftung der Auftragnehmerin richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit nichts anderes im Vertrag vereinbart ist.
- 8.3 Die Auftragnehmerin hat auf eigene Kosten eine Personen-, Sach- und Vermögensschadenversicherung zu marktüblichen Bedingungen abzuschließen und für die Dauer der Durchführung des Vertrages einschließlich Gewährleistungszeiten aufrechtzuerhalten. Die Versicherung muss die Mindestsumme von pauschal € 1,0 Mio. je Versicherungsfall aufweisen, sofern kein höherer Betrag vereinbart ist. Der Versicherungsschutz ist der Auftraggeberin auf Verlangen nachzuweisen. Die Auftragnehmerin hat der Auftraggeberin unverzüglich anzuzeigen, wenn und soweit der Versicherungsschutz in der vereinbarten Höhe nicht mehr besteht.

9. Kündigung

- 9.1 Die Auftraggeberin ist berechtigt, den Vertrag aus wichtigem Grund fristlos zu kündigen. Ein solcher wichtiger Grund liegt insbesondere vor:
- wenn die Auftragnehmerin eine schwere Verfehlung (wie z. B. versuchte und vollendete Bestechung) begangen hat;
 - bei schuldhafter Nichterfüllung der in § 11 Abs. 2 Hamburgisches Vergabegesetz genannten Fälle (s. hierzu auch Ziffer 1);
 - wenn die Auftragnehmerin Personen, die auf Seiten der Auftraggeberin mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind, oder ihnen nahestehenden Personen Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt. Solchen Handlungen der Auftragnehmerin stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihr beauftragt oder für sie tätig sind. Dabei ist es gleichgültig, ob die Vorteile den vorgenannten Personen oder in ihrem Interesse einer Dritten angeboten, versprochen oder gewährt werden;
 - wenn die Auftragnehmerin eine Nachunternehmerin ohne schriftliche Zustimmung der Auftraggeberin beauftragt oder eine Weitergabe durch eine Nachunternehmerin zulässt und/oder duldet (s. hierzu auch Ziffer 3). Eine Kündigung aus wichtigem Grund kann aber erst dann erklärt werden, nachdem die Auftraggeberin die Auftragnehmerin unter Fristsetzung aufgefordert hat, die ohne schriftliche Zustimmung tätige Nachunternehmerin zu entfernen, und diese Frist fruchtlos verstrichen ist. Eine etwa verwirkte Vertragsstrafe bleibt von einer solchen Kündigung aus wichtigem Grund unberührt;
 - wenn über das Vermögen der Auftragnehmerin ein vorläufiges Insolvenzverfahren eröffnet oder dessen Eröffnung von der Auftragnehmerin beantragt oder dessen Eröffnung mangels Masse abgelehnt worden ist;
 - wenn die Auftragnehmerin den Nachweis der Versicherung auch nach fruchtlosem Ablauf einer angemessenen Nachfrist nicht zu führen vermag.
- 9.2 Die Auftraggeberin kann außerdem eine Kündigung in besonderen Fällen (§ 133 GWB) erklären, wenn

- eine wesentliche Änderung vorgenommen wurde, die nach § 132 GWB ein neues Vergabeverfahren erfordert hätte, oder
- zum Zeitpunkt der Zuschlagserteilung ein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 Abs. 1 bis 4 GWB vorlag oder
- der öffentliche Auftrag aufgrund einer schweren Verletzung der Verpflichtungen aus dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union oder aus den Vorschriften des 4. Teils des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen, die der Europäische Gerichtshof in einem Verfahren nach Artikel 258 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union festgestellt hat, nicht an die Auftragnehmerin hätte vergeben werden dürfen.

Im Falle einer Kündigung nach dieser Ziffer 9.2 kann die Auftragnehmerin einen ihren bisherigen Leistungen entsprechenden Teil der Vergütung verlangen. Im Fall des vorstehenden Absatzes 1, 2. Aufzählungspunkt steht der Auftragnehmerin ein Anspruch auf Vergütung insoweit nicht zu, als ihre bisherigen Leistungen infolge der Kündigung für die Auftraggeberin nicht von Interesse sind.

Die Kündigung schließt die Berechtigung der Parteien, Schadensersatz zu verlangen, nicht aus.

10. Urheberrecht

- 10.1 Die Auftragnehmerin räumt der Auftraggeberin ein uneingeschränktes und übertragbares Nutzungsrecht an allen etwaigen Urheberrechten ein. Die Auftraggeberin kann daher die Pläne, Zeichnungen und sonstige Unterlagen sowie Daten der Auftragnehmerin für die im Vertrag genannte Baumaßnahme ohne Mitwirkung der Auftragnehmerin umfassend sowie uneingeschränkt nutzen, bearbeiten, verwerten und ändern.

Die Auftraggeberin ist auch berechtigt, das Bauwerk nach seiner Fertigstellung ohne Mitwirkung der Auftragnehmerin zu ändern, insbesondere zu modernisieren und/oder in sonstiger Weise den aktuellen Erfordernissen anzupassen, wenn nach einer Interessenabwägung die Belange der Urheberin an ihrer etwa urheberrechtlich geschützten Planung hinter den gleichfalls schutzwürdigen Interessen der Auftraggeberin zurücktreten. Bei der Interessenabwägung ist insbesondere zu berücksichtigen, inwieweit die Änderung nutzungsbedingt und/oder technisch erforderlich bzw. wirtschaftlich sinnvoll ist.

- 10.2 Die Auftraggeberin ist berechtigt, das von der Auftragnehmerin geplante/entworfene Werk zu veröffentlichen. Die Auftragnehmerin kann Veröffentlichungen des geplanten/entworfenen Werkes nur mit schriftlicher Zustimmung der Auftraggeberin vornehmen.
- 10.3 In der Vergütung ist die Übertragung der urheberrechtlichen Nutzungsbefugnisse bereits berücksichtigt und abgegolten.
- 10.4 Die Auftragnehmerin steht dafür ein, dass ihre Planung frei von Urheber- und Schutzrechten Dritter ist und auch auf Dauer frei hiervon bleibt. Sie stellt die Auftraggeberin von möglichen Ansprüchen Dritter wegen Verletzung von Urheber- und Schutzrechten oder sonstigen Rechten frei.
- 10.5 Die Auftraggeberin kann alle ihr übertragenen Nutzungsrechte ohne Zustimmung der Auftragnehmerin auf Dritte übertragen.
- 10.6 Sämtliche Rechte der Auftraggeberin stehen ihr auch im Falle einer vorzeitigen Beendigung des Vertrages, gleich aus welchem Grund, zu.
- 10.7 Bei der Beauftragung von Nachunternehmerinnen ist die Auftragnehmerin verpflichtet, eine den vorstehenden Ziffern 10.1 bis 10.6 entsprechende Urheberrechtsvereinbarung zu Gunsten der Auftraggeberin abzuschließen und diese auf Anforderung nachzuweisen.

11. Sonstiges

- 11.1 Sofern eine Gerichtsstandsvereinbarung gesetzlich zulässig ist, wird Hamburg als Gerichtsstand vereinbart. Erfüllungsort für Lieferungen und Leistungen ist die jeweils in der Bestellung angegebene Anlieferstelle, Versandanschrift bzw. Verwendungsstelle, für alle übrigen Verpflichtungen der Sitz der HOCHBAHN in Hamburg.
- 11.2 Die Geltung von Vertragsbedingungen der Auftragnehmerin ist nicht vereinbart. Dies gilt auch dann, wenn sich die Auftragnehmerin in vergangenem Schriftverkehr darauf bezogen oder hingewiesen hat oder dies in zukünftigem Schriftverkehr der Fall ist.
- 11.3 Ein Leistungsverweigerungs- oder Zurückbehaltungsrecht der Auftragnehmerin ist ausgeschlossen, es sei denn, dass der Anspruch der Auftragnehmerin unbestritten oder rechtskräftig festgestellt ist.
- 11.4 Die Auftragnehmerin kann ihre Forderungen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung der Auftraggeberin abtreten. § 354a HGB bleibt unberührt.
- 11.5 Sollten einzelne Bestimmungen ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so bleiben diese Vertragsbedingungen im Übrigen davon unberührt. Die Parteien verpflichten sich, die unwirksame oder undurchführbare Bestimmung durch eine solche wirksame oder durchführbare Bestimmung zu ersetzen, die den Sinn und Zweck der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung wirtschaftlich verwirklicht.